

Privatisierung bedeutet Umverteilung von unten nach oben

Carl Waßmuth, *Attac AG gegen Privatisierung und Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB)*

Die Infrastruktur der Daseinsvorsorge stellt einen gewaltigen Wert dar. Allein für ihren Erhalt sind laut OECD von 2006 bis 2030 weltweit 71 Billionen US-Dollar erforderlich. Die Finanzkrise von 2008 hat offenbart, dass reine Finanzderivate nicht mehr ausreichen, um aus Geld mehr Geld zu machen. Auch die sogenannte Realwirtschaft steckt in einer tiefen Krise, die natürlichen Grenzen von Quellen und Senken versperren den bisher eingeschlagenen Weg des grenzenlosen Wachstums. Die nach Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitalanleger sind daher schon länger auf die Daseinsvorsorge aufmerksam geworden. Auch wenn keine Autos mehr rollen, Wasser wird weiter getrunken, die Mittel, die die Staaten für den Erhalt ihrer Daseinsvorsorge aufwenden, gelten als krisensicher.

Dabei sind Infrastrukturen an und für sich für private Anleger gar nicht so interessant, sie sind teuer im Unterhalt und können auch bei luxuriösester Inanspruchnahme von wenigen Privaten kaum gewinnbringend genutzt werden. Erst durch die Allgemeinheit als Nutzergruppe und den Staat als Geldgeber für die erforderlichen Investitionen werden Infrastrukturen als Anlageobjekte interessant. Wer sich das jeweilige Monopol sichern kann – und es sind immer Monopole, sei es regional oder sektoral – kann Staat und NutzerInnen erpressen. Auf dem Wege über die Privatisierung der Daseinsvorsorge wird die Umverteilung von unten nach oben manifest, echte Werte wechseln den Eigentümer, echte Enteignungen finden statt, es werden die Beschäftigten, Steuerzahlenden und NutzerInnen ganz konkret um den Mehrwert ihrer Arbeit gebracht.

Wie Beschäftigte für Privatisierungen bezahlen

Was einem Verkauf, Teilverkauf oder einer formalen Privatisierung folgt, ist zumeist Arbeitsverdichtung, Stellenabbau und Tariffucht. Es wird auf Teufel-komm-raus „outgesourct“, über den verstärkten Einsatz von Leiharbeitern werden Dumpinglöhne eingeführt, die dann auch das Lohnniveau für die Neueinstellungen dirigieren. Gleichzeitig werden die Belegschaften aufgesplittet in einzelne „Profit-Center“, nicht selten durch Aufspaltung in zahlreiche einzelne Tochtergesellschaften. Am Ende sinken auch bei der verbliebenen Stammebelegschaft die Löhne. Einzig die vielen Vorstände der neuen Gesellschaften beziehen deutlich höhere Gehälter. Die Deutsche Bahn gründete nach der formalen Privatisierung über 400 Einzelgesellschaften aus, alle mit neuen Vorständen, Geschäftsführern, Aufsichts- und Verwaltungsräten. Die jüngsten Ausgründungen ab 2008 dienten explizit dem Ziel, in Nahverkehrs-Ausschreibungen die Tariflöhne unterlaufen zu können. Der Vorstandsvorsitzende der Holding DB AG bezieht ein Gehalt von drei Millionen Euro jährlich, fast das zehnfache der Bezüge der Bundeskanzlerin.

Staatsverschuldung als Mittel zur Umverteilung

Ein zentrales Umverteilungsinstrument im Rahmen von Privatisierungen sind den Steuerzahlenden aufgehalste Verluste. Dabei soll an dieser Stelle nicht näher besprochen werden, in welcher Form das Steuersystem an sich ungerecht ist. Beschrieben werden sollen Schulden, die infolge von Privatisierungen gemacht werden, durch Vergabe von Subventionen und Überlassung von Vermögenswerten an sogenannte „Investoren“. Die größte jüngere Privatisierungssorgie dieser Art hat die Treuhandanstalt veranstaltet. Gegründet werden konnte die Institution, indem den Bürgern der vormaligen DDR Hoffnungen gemacht wurde, sie bekämen nach erfolgreichem Verkauf des Volksvermögen einen Gegenwert für ihre Anteile daran ausgezahlt. Frisch mit dieser Legitimation ausgestattet, begannen die vorgeblichen Treuhänder mit einem beispiellosen Ausverkauf: Staatseigene Unternehmen und Immobilien im geschätzten Wert von 600 Milliarden DM wurden losgeschlagen, bei gleichzeitigem massiven und nachhaltigem Arbeitsplatzabbau. Die Käufer legten zumeist sofort oder nach nur kurzer Zeit die Unternehmen still und schalteten auf diesem Wege eine für sie unangenehme Konkurrenz aus, ganze Landstriche wurden deindustrialisiert. Das zeitigte gravierende soziale Verwerfungen, die bis heute fortwirken und weiter hohe Kosten für die Allgemeinheit verursachen. Und was wurde für das alles an Erlösen erzielt? Keine, die Treuhandanstalt schloss nach nur vier Jahren mit Schulden von 256 Milliarden DM.

In Großbritannien wurde Anfang der Neunziger Jahre die Eisenbahn aufgespalten und dann für insgesamt knapp drei Milliarden britische Pfund verkauft. Die für die Infrastruktur zuständige Aktiengesellschaft machte in den ersten Jahren enorme Gewinne, die sie an ihre privaten Anleger ausschüttete. Die Gewinne wurden möglich, weil man nicht in die Infrastruktur investierte, sondern nur für deren Nutzung kassierte. Als nach wenigen Jahren diese Infrastruktur zu versagen begann, kam es zu einer Serie schwerster Eisenbahnunfälle. Der britische Staat musste erst



ein landesweites Tempolimit für die Schiene verhängen und dann das Schienennetz wiederverstaatlichen und totalsanieren. Die Kosten dafür betragen für die britischen Steuerzahlenden 100 Milliarden britische Pfund.

Umverteilung über Preiserhöhungen

Im Zuge von Privatisierungen steigen die Preise oder Gebühren schneller als die Inflationsrate. Seit der formalen Privatisierung der deutschen Bahn steigen die Fahrpreise doppelt so schnell wie die Preise der allgemeinen Lebenshaltung, einzelne Preise wie die für die BahnCard oder für Reservierungen vervierfachen sich. In privatisierten kommunalen Wohnungsunternehmen steigen die Mieten rasant, und häufig in der Folge die Mieten ganzer Stadtbezirke. Das Prinzip ähnelt einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Da der Anteil der Ausgaben für Miete, Bahnfahrten, Strom, Wasser und weitere Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge bei einkommensschwachen Haushalten am gesamten Haushaltseinkommen deutlich höher liegt als bei den Reichen unserer Gesellschaften, bezahlen die einkommensschwachen Haushalte auch den Hauptanteil der Mehrkosten von Privatisierungen. Im Falle von Strom werden zum Beispiel die Abgaben für den Ausbau der erneuerbaren Energien über (vollständig intransparent agierende) Großverbraucher in Deutschland eingesammelt, die wiederum aus einer langen Serie von Privatisierungen der öffentlichen Stromversorgung hervorgegangen sind und nun die Energiewende für horrenden Preiserhöhungen z.B. von bis zu 12% für Ende 2012 nutzen.

Umverteilung über das Mehrwertsteuerprinzip hinausgehend

Es bleibt nicht dabei, dass Privatisierungen eine Art Mehrwertsteuer zugunsten von Privaten sind, die Anteile der öffentlichen Daseinsvorsorge unter ihre Kontrolle gebracht haben. Nicht selten haben Großverbraucher eine zusätzliche Obergrenze, über die hinaus sie gar nichts mehr bezahlen. Über die Ausgabe von handelbaren CO₂-Emissionsrechten wurde quasi die Luft privatisiert. Die einfachen Verbraucher bezahlen den Preis dabei in allen Konsumgütern implizit. Allerdings haben zahlreiche Großverbraucher wie zum Beispiel die Aluminiumindustrie erreicht, dass sie CO₂-Emissionsrechte geschenkt bekommen. Ähnliches passiert beim Umbau hin zu regenerativen Energien: Abgesehen davon, dass die Haftung für Atom-GAUs und die Entsorgung des Atomabfalls ohnehin nicht bei den vormals öffentlichen, jetzt privatisierten Energiekonzernen liegt, die jahrelang mit Atomstrom viel verdient haben. Nun muss die Infrastruktur zur Energieversorgung endlich umgebaut werden. Die industriellen Großverbraucher haben sich für diesen Prozess bessere Bedingungen verschafft als die Endkunden. Letztere zahlen für die Energiewende, die überhaupt erst durch die verfehlte Energiepolitik der „Big Four“, ein Oligopol als Ergebnis der vollständigen Privatisierung des Energiesektors, notwendig wurde, auf diesem Wege doppelt.

Umverteilung durch Personalisierung

Öffentliche Güter und Dienste verteilen die Risiken weitgehend gleichmäßig unter allen NutzerInnen. Das ist eine elementare Funktion unserer Gemeingüter: Lebensrisiken wie Krankheit, Zeiten ohne Einkommen, Pflegebedürftigkeit im Alter, regionale Unterschiede wie die von Stadt zu Land sollen von allen gemeinsam getragen werden, damit sie Einzelnen nicht zu viel aufbürden. Wenn nun solche Risiken nach einer Privatisierung von den Einzelnen selbst zu tragen sind, müssen diese sich für den Risikofall z.B. der Berufsunfähigkeit versichern. Wer sich nicht versichern kann, und das sind viele!, weil bereits die Ausgaben für das Notwendigste so hoch oder höher sind als die Einkünfte, fällt zurück in den Status des Tagelöhners. Sie oder er muss nahezu jede Arbeit, jede noch so geringe Bezahlung akzeptieren. Es entstehen Wanderarbeiter, die trotz Vollzeitarbeit zum Sozialamt gehen müssen. Im Zuge des Ausbaus des Flughafen Berlin Schönefeld wurden die Boden- und Gepäckdienste auf dem alten Schönefelder Flughafen privatisiert. Nur wenige Jahre später berichteten Beschäftigte der Privaten „Globe Ground“, dass sie trotz 40h-Woche als Aufstocker Hilfsleistungen beziehen müssen. Die Kosten für die prekär Lebenden und Arbeitenden sind hoch, wer von der Hand in den Mund leben muss, lebt teuer. Aber auch die, die noch die Möglichkeit haben, sich zu versichern, nehmen an einer spezifischen Form von Umverteilung teil: Öffentliche Güter und Dienste wirken selbst wie eine Versicherung, sie müssen an die Versicherungswirtschaft nichts abtreten. Die große Gruppe der einzeln Versicherten hingegen bezahlt mehrfach. Zunächst bezahlt sie die enormen Renditen der Versicherungen. Dann befeuern die Finanzanlagen der Versicherungen das globale Casino. Kommt es hier zu Crashes und Insolvenzen, zahlen die Versicherten den Bail-Out.

Die Privatisierung von Kredit und Geldschöpfung

Too Big to Fail: Hinter diesen kurzen vier Worten verbirgt sich eine staatlich geleistete Ausfallgarantie, eine offiziell gewährte Narrenfreiheit. Private Banken und Versicherungen, die diesen Status erreicht haben, genießen den Schutz der Politik, auch wenn sie die allergrößten Zocker sind und gemeinwohlschädlich oder sogar kriminell agieren. Es gibt etwas von allgemeinem Interesse, das so hoch zu werten ist, dass Vertreter der neoliberalen



Lehre in diesen Fällen jederzeit und weltweit neoliberale Prinzipien über Bord werfen. Diese hohen Werte sind die Stabilität der Volkswirtschaft(en) sowie der Erhalt des Kreditwesens. Kredit und Geldschöpfung sind öffentliche Dienstleistungen, an deren Privatisierung man sich schon zu lange gewöhnt hat. Eigentlich wäre die Finanz- und Weltwirtschaftskrise eine gute Gelegenheit gewesen, dem privaten Finanzsektor diese für die nationalen und die weltweite Volkswirtschaft unverzichtbaren Aufgaben wieder zu entziehen, sie dauerhaft öffentlich zu machen und damit demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Der sprunghafte Anstieg der öffentlichen Schulden und die sich anschließenden Sparprogramme haben gravierende soziale Folgen weltweit. Dabei ist es für das europäische Bürgertum ungewohnt, dass nun auch innerhalb Europas Millionen Kinder unterernährt sind, dass die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern gegen 50% geht und so eine Generation ohne jede Zukunft in der regulären Ökonomie heranwächst.

Wiederverstaatlichung von Banken als Umverteilungsinstrument

Mit der großen Ausnahme von Lehman Brothers mussten die Anleger nie fürchten, dass ihre „Too-big-to-Fail“-Unternehmen bankrott gehen, wenn sie zu hohe Risiken eingegangen sind. Das bedeutet, dass in guten Zeiten infolge der besonders großen Risiken besonders hohe Renditen und Dividenden ausgeschüttet werden, in schlechten Zeiten jedoch die Verluste von den Steuerzahlenden begrenzt werden. Im Zuge der Rettungspakete? und Rettungsschirme werden und wurden auch Banken in Teilen wiederverstaatlicht. Die Commerzbank und die Hypo Real Estate waren solche Fälle. Diese Wiederverstaatlichungen waren nicht darauf angelegt, die demokratische Kontrolle über die Unternehmen dauerhaft zurückzugewinnen und den Abfluss von Steuergeldern an Private zu begrenzen. Sobald die akute Gefahr der Insolvenz vorbei war, wurde schnell wieder verkauft, will heißen: privatisiert. Öffentlich bleiben die toxischen, also wertlosen oder sogar kostenintensiven Papiere in Form von „Bad Banks“. Der Staat könnte auch die Anteile der „Good Bank“ dauerhaft halten, um der nächsten Finanzblase vorzubeugen, um Boni an spekulierende Manager zu unterbinden, vor allem aber um selbst von der Wertsteigerung der mit Steuergeld geretteten Banken teilzuhaben. Aber nein: Der Staat hat zwar gerade milliarden schwere Unternehmen von der sicheren Insolvenz gerettet, aber danach hat er wieder nichts in der Privatwirtschaft verloren, er „kann das nicht“, „ist nicht effizient“ und „verzerrt den Wettbewerb“.

Volkswirtschaftliche „Nebenkosten“

Privatisierungen verursachen jenseits unangemessener Kauf- und Rückkaufpreise für die betroffenen Volkswirtschaften teure Effekte. Arbeitslosigkeit zum Beispiel verursacht enorme volkswirtschaftliche Kosten, die von den Steuerzahlenden und den Sozialversicherten getragen werden müssen. Da Beziehler großer Einkommen sowie Kapitaleigner sich anteilig deutlich geringer an den Kosten für die Sozialversicherungssysteme beteiligen, ist eine hohe Arbeitslosigkeit ein Umverteilungsmechanismus. Die Zahl der Arbeitsplätze im Zuge der formalen Bahnprivatisierung in Deutschland sank von 450.000 in 1994 auf 230.000 heute. Außerhalb der DB AG entstanden Arbeitsplätze in den nun möglichen Konkurrenzunternehmen, aber nicht annähernd so viele, wie verloren gegangen waren und zu wesentlich schlechteren Bedingungen. Privatisierungen sind auch nicht selten Steuersparmodelle für die Anleger. Infrastrukturfonds haben ihren Sitz in Steueroasen, es ist nicht nur statthaft, sich zu Spottpreisen in unsere Daseinsvorsorge einkaufen, die Anleger dürfen dadurch auch ihre Steuerlast mindern, zuweilen sogar auf das Niveau Null.

Last but not least findet durch Privatisierungen eine Umformung der betroffenen Sektoren statt, die weitere volkswirtschaftliche Kosten verursacht oder bisher allgemein verteilte Kosten auf die Geringverdiener verteilt. So bilden Private nicht oder deutlich weniger aus, die Kosten für die Ausbildung ist in steigendem Maße von den verbliebenen öffentlichen Diensten zu tragen. Auch ist soziale Absicherung im öffentlichen Sektor deutlich besser als im Privatsektor, Mitbestimmung hat noch einen ganz anderen Stellenwert. All diese hart erkämpften Mittel einer Umverteilung von oben nach unten gehen im Zuge von Privatisierungen verloren, es gibt bereits ganze Sektoren wie die Telekommunikation, die als Synonym für schlechte Arbeitsbedingungen gelten.

Privatisierungskreisläufe

Privatisierungen verlaufen im seltensten falls linear. Es kommt kaum vor, dass anfangs vollständig öffentliches Eigentum umgewandelt wird in vollständigen und dauerhaften Privatbesitz. Ebenso ist es zumeist nicht einfach so, dass voller Ausgleich aller Kosten für Bau, Wartung und Instandhaltung der Infrastruktur sowie anderer Nebenkosten durch die öffentliche Hand abgelöst wird durch ein vollständiges Aufkommen für alle anfallenden Kosten durch einen Privaten. Vielmehr existieren oft vielfältige und sich stets wandelnde Mischformen nebeneinander. Dabei gibt es jedoch bei aller verwirrenden Vielfalt eine fatale gemeinsame Tendenz: Nach den stets von der Allgemeinheit erbrachten gewaltigen Anfangsinvestitionen für öffentliche Infrastrukturen wird zu billig verkauft und später überteuert vom Staat zurückgekauft, und dies über die Lebensdauer der Infrastruktur mehrfach. Dazwischen

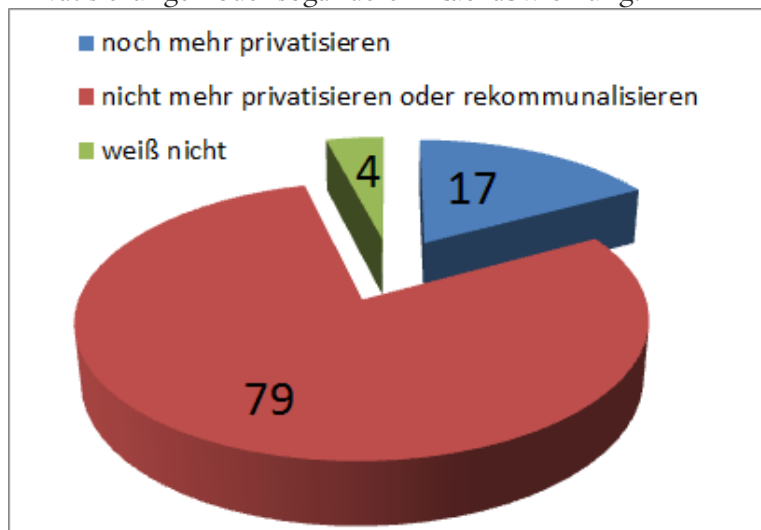


liegen Phasen, in denen an die teilprivaten Güter oder Dienste Subventionen aus Steuergeldern fließen, während die Gewinne an die Privaten gehen und somit entzogen werden. Zumeist wird die Infrastruktur unter privater Regie unterinvestiert und ist nach einer Rekommunalisierung oder Wiederverstaatlichung hochgradig sanierungsbedürftig.

Mit dem neuesten Instrument der Privatisierung wurde dieser Kreislaufmechanismus sogar automatisiert: PPP, Public Privat Partnerships, im Deutschland zuweilen auch ÖPP, öffentlich private Partnerschaften genannt, sind das Perpetuum Mobile der Privatisierung. Hier wird nicht mehr die Infrastruktur hin- und verkauft. PPPs sind Vertragswerke zur direkten Privatisierung der öffentlichen Mittel, die für die Daseinsvorsorge bestimmt sind. Die Laufzeiten der Verträge sind zumeist 30 Jahre, selten kürzer, nie länger. In dieser Zeit bekommt ein einzelnes privates Unternehmen den betroffenen Bereich der Daseinsvorsorge unwiderruflich in seine Gewalt. Betroffen von PPPs sind Schulen, Krankenhäuser, Wasserwerke, Gefängnisse, Rathäuser, Schwimmbäder und sogar Autobahnen. Viele diese Einrichtungen können nach hundert Jahren noch gut genutzt werden, alle weit länger als 30 Jahre. Mit PPP wird nun festgelegt, wie lange der Zyklus des Auslaugens durch Unter- oder Nullinvestition jeweils dauern darf. Die garantierten öffentlichen für Miet- oder Leasingzahlungen - stets überteuert und von mitverdienenden Banken verbrieft - verhindern nicht, dass die Infrastruktur 30 Jahre lang ausgelaut wird. Nach Vertragsende erfolgt automatisch der „Heimfall“ an die öffentliche Hand, die dann die erforderlich gewordene teure Sanierung vornehmen muss.

Privatisierungsfolgenforschung

„Der Staat ist weniger effizient“, „Bürokratieabbau ist notwendig“, „Reformstau“: Ob mit oder ohne Hilfe von Lobbyorganisationen wie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ INSM, die Schlagworte zur Begründung von mehr Privatisierung sind zwar abgedroschen und unbelegt, haben aber ihre Wirkung auf PolitikerInnen noch nicht völlig verloren. In der Bevölkerung wird Privatisierung längst mehrheitlich als schädlich angesehen. Seit 2007 lässt der Deutsche Beamtenbund dbb zusammen mit Forsa eine große repräsentative Meinungsumfrage zu Privatisierung durchführen. Ein zentrales Ergebnis ist: In den vergangenen fünf Jahren ist die Ablehnung von Privatisierung immer weiter gestiegen. Zuletzt wünschten 78% der deutschen Bevölkerung sich keine weiteren Privatisierungen oder sogar deren Rückabwicklung.



Und das, obwohl von offizieller Seite kaum harte Fakten zu den Folgen von Privatisierung gesammelt werden. Wie haben sich die Gebühren seit der Privatisierung entwickelt, wie die Gehälter, wie viele Arbeitsplätze sind verblieben, wie viel öffentliche Subventionen bekommt der betroffene Bereich, wie viel wurde investiert, wie der Zustand der Infrastruktur entwickelt? Alles, was in diesem Bereich bekannt wurde, haben Bürgerinitiativen oder Betriebsräte in mühsamer Kleinarbeit zusammengetragen. Privatisierung war in den vergangenen 30 Jahren ein Experiment an der Bevölkerung, das bewusst nicht ausgewertet wurde. Eine kontinuierliche Auswertung der unmittelbar erfassbaren harten Daten sowie eine Privatisierungsfolgenforschung wären das mindeste,

was zu erwarten wäre, wenn belegt werden soll, dass Privatisierung tatsächlich so viele positive Effekte generiert wie behauptet.

Ist die Welle der Privatisierungen nicht vorbei?

Es ist richtig, die großen Staatsbetriebe wie die Post, die Telekommunikation und die Energieversorgung sind verkauft, hierzulande, europaweit, weltweit. Privat sind in Deutschland die Medien mit Ausnahme weniger Staatsfernsehsender, privat sind die Pharmaindustrie und sogar das Müllrecycling-System. Doch es ist noch genug da: Der öffentliche Verkehr, große Teile der Wasser- und Abwasserversorgung, das Rentensystem mit Ausnahme des Riester-Anteils, der Großteil der Gesundheitsversorgung mit öffentlichen Krankenkassen und Krankenhäusern. Das weckt weitere Begehrlichkeiten. Es ist nicht übertrieben, von einer neuen Welle der Privatisierungen zu sprechen. Hierbei gibt es drei parallel verlaufende, sich teilweise gegenseitig verstärkende Entwicklungen:



1. Zum einen nimmt der Einsatz von PPP (vielleicht eine Fußnote machen und erklären,

was das heißt) weiter zu. PPP-Verträge werden neu abgeschlossen, bestehende Verträge werden gehandelt, sie bilden einen eigenen Anlagemarkt für Infrastruktur. Dort gehandelt werden die PPP-Garantiescheine auf öffentliche Zahlungsverpflichtungen, die eigentlich für den Erhalt und Betrieb der Infrastruktur der Daseinsvorsorge bestimmt sind.

2. Zum zweiten ist die Selbstverpflichtung auf massive Privatisierungen zentrale Voraussetzung für Hilfen an von der Zahlungsunfähigkeit bedrohte Länder wie Griechenland, Irland, Portugal Spanien, aber auch im Rating herabgestufte Länder wie Italien und Frankreich. Die Deutsche Bank hat dazu im November 2011 eine Generalstabsplan vorgelegt: „Privatisierungsoffensiven sollten auch auf Einrichtungen der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge zielen. Im Eurogebiet gab es in den vergangenen Jahrzehnten bereits erfolgreiche Privatisierungswellen etwa bei der Telekommunikation. Gleichwohl bestehen vor allem im Infrastrukturbereich noch erhebliche Privatisierungspotenziale, die es zu nutzen gilt. Offiziellen Angaben zufolge belaufen sich in den großen Ländern Frankreich und Italien die staatlichen Unternehmensbeteiligungen auf rd. 5% des BIP. In Spanien dürften sie in ähnlicher Größenordnung liegen.“ (<http://www.gemeingut.org/2012/01/deutsche-bank/>)
3. Auch in Ländern mit AAA-Rating werden Privatisierungen wieder als das Mittel der Wahl dargestellt für hochverschuldete Kommunen und Städte. Die Schuldenbremse zusammen mit einer rigiden Kommunalaufsicht verbietet dort weitere Kredite, um Schulen zu sanieren, das örtliche Krankenhaus zu betreiben oder weiter sauberes Wasser bereitzustellen. Um die Daseinsvorsorge weiter zu gewährleisten, sieht man sich dazu gezwungen, Schulden für Investitionen in PPP-Verträgen zu verstecken und gleichzeitig eine neue Ausverkaufswelle einzuleiten. Kurzfristige Einmal-Einnahmen aus Unter-Wert-Verkäufen oder -vergaben stehen dann langfristige massive Einnahmenausfälle gegenüber.

Wo ist Hoffnung?

Wenn heute als Antwort auf Privatisierungen demokratische Kontrolle und als Antwort auf PPP-Geheimverträge Transparenz gefordert wird, so ist das nicht mehr und nicht weniger als ein notwendiger Bestandteil von Aufklärung. Haben uns die frühen Aufklärer geholfen, vom Gottesgnadentum zur Theorie des Gesellschaftsvertrags zu kommen, helfen Aufklärer heute, vom Primat der Finanzmärkte zu einem Menschen- und umweltverträglichen Miteinander zu finden. Aufklärung klingt nach einer zarten Forderung angesichts der fatalen Umverteilungsmechanismen von unten nach oben via Privatisierung. Allerdings war Aufklärung in den letzten großen Gegenbewegungen, den Umverteilungen von oben nach unten von der französischen Revolution bis zum New Deal unverzichtbare Voraussetzung.

In den Zeiten von Finanz- und Klimakrise muss eine weitere Stufe der Aufklärung erfolgen. Man muss insbesondere der Einsicht zum Durchbruch verhelfen, dass nicht der schrankenlose Wettbewerb, nicht der Ausverkauf des Gemeinwesens bis auf ein Skelett aus Militär und Polizei die brennenden Menschheitsfragen löst, sondern eine sinnstiftende und gemeinwohlorientierte Kultur des Umgangs mit Ernährung und Gemeingütern. Eine Kultur im Umgang mit der öffentlichen Daseinsvorsorge, die sozialen Pflichten und Rechten einen täglich wirksamen Rahmen gibt, der der zunehmenden Ausgrenzung der Menschen von der Daseinsvorsorge entgegenwirkt. Dass unsere Gemeingüter dabei allen und nicht einzelnen Privaten gehören, ist nicht ausreichend, aber für den Schutz und Ausbau der Daseinsvorsorge elementare Voraussetzung.

Kontakt zur Attac-AG gegen Privatisierung: www.attac.de/privatisierung

